



BERLIN AKTUELL

Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 210 - 13. März 2020

Intro

Sehr geehrte Damen und Herren,

die erfreulichen Nachrichten zuerst! In den vergangenen zwei Wochen fiel zu drei wichtigen Projekte in der Eifel die Entscheidung, dass sie mit Bundesmitteln gefördert werden:

- der Eifelkreis erhält erneut 13,2 Mio. Euro für den Breitbandausbau (darüber haben wir Sie bereits im letzten Newsletter informiert, [hier können Sie den Artikel nachlesen](#))
- der Bundestag hat in dieser Woche knapp 1,5 Mio. Euro für die Sanierung der Sporthalle Daleiden bewilligt
- das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung des Bundeslandwirtschaftsministeriums stellt 176.000 Euro für ein Mobilitätsprojekt des Eifelkreises zu Verfügung

Über jeden Förderbescheid habe ich mich sehr gefreut, da sie für die Region sehr wichtige Maßnahmen zum Ausbau und Erhalt der öffentlichen Infrastruktur ermöglichen. Ihre Gesamtsumme ist bemerkenswert und zeigt, dass die Förderung des ländlichen Raums Priorität gewinnt. Das Versprechen, den ländlichen Raum gezielt und massiv zu fördern, wird eingelöst.

Mit besten Grüßen und bleiben Sie gesund

Ihr Patrick Schnieder

Corona erfordert Besonnenheit

Das Coronavirus ist in Deutschland angekommen und es stellt uns vor eine gemeinsame Herausforderung. Wir verfügen derzeit noch nicht über einen Impfstoff oder ein wirksames Medikament. Die Ausbreitung von Corona kann deshalb nur durch unser aller Verhalten verlangsamt werden. Und genau darum geht es: Die Ausbreitung darf nicht zu schnell voranschreiten, damit unser Gesundheitssystem nicht überfordert wird.

Jeder ist deshalb aufgerufen, sein Verhalten an die aktuelle Lage anzupassen. Keine Panik, aber Besonnenheit und Rücksichtnahme. Wir müssen die Verbreitung in gemeinsamer Anstrengung verlangsamen, damit die Kapazitäten in den Krankenhäusern nicht überreizt werden, damit das Gesundheits-, Pflege- und Sicherheitspersonal im ganzen Land gesund bleibt und nicht zuletzt, damit Risikopatienten am besten gar nicht erst erkranken.

Mein Appell lautet daher: Seien Sie vorsichtig, nehmen Sie Rücksicht und bleiben Sie gelassen. Aufregung oder gar Panik sind weder notwendig noch hilfreich. Es geht nun nur darum, das persönliche Verhalten an die Situation anzupassen und so einen persönlichen Beitrag zur Stabilisierung der Lage zu leisten.

Wie Sie der Berichterstattung entnehmen konnten, werden große Veranstaltungen derzeit abgesagt. Die Entscheidungshoheit hierzu liegt vor Ort in den Ländern und Kommunen. Die Bundesregierung kann nur Empfehlungen aussprechen, die Umsetzung erfolgt dann regional.

Ohne jeden Zweifel hat die aktuelle Situation für unser Wirtschaftssystem erhebliche Konsequenzen. Wir haben diese Entwicklung im Blick. Mit ersten Beschlüssen im Kabinett wurden bereits Wegmarken gesetzt. Aber es ist jedem klar, dass es dabei nicht bleiben kann und wird. Wir werden situativ angemessen reagieren und helfen! Schon jetzt ist klar, dass die Einführung des Kurzarbeitergeldes kommt, wie wir es auch in Zeiten der Finanz- und Bankenkrise hatten. Geplant ist noch für diese Woche, dass über die Kreditanstalt für Wiederaufbau Liquiditätshilfen zur Verfügung gestellt werden. Politik und Wirtschaft sind in engem Austausch!

Für aktuelle und verlässliche Informationen rund um das Corona-Virus empfehle ich Ihnen die Webseite des Bundesgesundheitsministeriums:
<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html>

Als Bundestagsabgeordneter, der täglich mit vielen Menschen in Kontakt kommt, geht von mir ein gewisses Übertragungsrisiko aus. Ohne dass ich eventuell selbst von meiner Infizierung wüsste, könnte ich Gesprächspartner oder andere Teilnehmer größerer Veranstaltung anstecken.

Ich habe mich deshalb entschieden, meine Teilnahme an Veranstaltungen einzuschränken. Dort, wo meine Teilnahme nicht unbedingt erforderlich ist oder wo ich vor allem mit Risikogruppen zusammentreffen würde, sage ich meine Teilnahme präventiv ab. Ich bitte alle Veranstalter und die jeweiligen Teilnehmer um Verständnis. Es ist eine außergewöhnliche Situation. Meine Entscheidung habe ich aus der Überzeugung getroffen, dass meine Rücksichtnahme meinen Mitmenschen und vor allem jenen Menschen, für die die Erkrankung mit Corona auch gefährlich werden kann, mehr Nutzen bringt als jedes herzliche Grußwort.

Nichtsdestotrotz setze ich meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter unvermindert fort. Die Sitzungen des Bundestages in Berlin finden nach jetzigem Stand weiterhin statt. Außerdem bin ich natürlich für Sie erreichbar und jederzeit ansprechbar.

BUNDESTAG BEWILLIGT 1,48 MIO. EURO FÜR SANIERUNG DER SPORTHALLE IN DALEIDEN



In dieser Woche hat der Haushaltsausschuss des Bundestages 1,485 Mio. Euro für die Sanierung der Sporthalle in Daleiden bewilligt. Die knapp 1,5 Millionen Euro für Daleiden stammen aus den Mitteln des Programms zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.

Gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Arzfeld habe ich mich dafür eingesetzt, an die begrenzten Mittel des vielfach überzeichneten Bundesprogramms zu gelangen. Ich freue mich sehr, dass der Antrag aus der Verbandsgemeinde Arzfeld so umfassend berücksichtigt wurde. Das ist ein toller Erfolg für die Verantwortlichen vor Ort. Mein Dank gilt daher Bürgermeister Andreas Kruppert und seinem Team von der Verbandsgemeindeverwaltung, die einen derart überzeugenden Antrag eingereicht haben. Die Erfolgsmeldung wird aber nicht nur in Arzfeld mit Freude aufgenommen werden. Die Sporthalle in Daleiden ist für den Schulsport und für das Vereinsleben der umliegenden Orte von großer Bedeutung. Die heutige Entscheidung freut mich deshalb besonders für die Kinder, Jugendlichen und für die aktiven Sportlerinnen und Sportler in und um Daleiden!

Mit dem Programm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur fördert der Bund größere Projekte der sozialen Infrastruktur. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages wurde abschließend über die Verteilung der Mittel beraten. Die Sporthalle fällt unter die Förderbedingungen und kann jetzt mit den Mitteln aus dem Bund umfassend saniert werden.

BUND FÖRDERT MOBILITÄTSPROJEKT IM EIFELKREIS MIT 176.000 EURO

Das Projekt ‚land.leben.mobil im Eifelkreis‘ wird mit 176.000 Euro vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gefördert. Mit den Mitteln aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) werden Mobilitätsveranstaltungen und investive Maßnahmen im gesamten Eifelkreis finanziell unterstützt. In 16 ‚Kooperationsräumen‘ sollen Mobilitätsangebote entwickelt und umgesetzt werden. Die Veranstaltungen geben den Bürgerinnen und Bürgern des Eifelkreises die Möglichkeit, ihre Ideen einzubringen. Die Maßnahmen werden dann konkret auf den lokalen Bedarf zugeschnitten.

176.000 Euro
vom Bund für
Mobilitätsprojekt
im Eifelkreis

“Gute Nachrichten für unsere Region!”

PATRICK SCHNIEDER



Die Mittel im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung sind genau für solche Vorhaben vorgesehen. Der Bund unterstützt ländliche Räume wie den Eifelkreis aktiv bei der Zukunftsgestaltung. Zur Arbeit, zur Schule, zum Einkauf oder zum Arzt - im Eifelkreis sind die Wege häufig weit. Ergänzend zu den aktuellen Verbesserungen im ÖPNV braucht es ein Mobilitätsangebot, das die realen Wegebeziehungen der Menschen abbildet und allen offensteht, Schülern genauso wie Arbeitnehmern und Senioren. Das ist Teil der Daseinsvorsorge und ein zentraler Baustein in der Frage, wie attraktiv das Leben in unserer Heimat auch in Zukunft ist. Das Projekt des Kreises wird hier Verbesserungen bringen. Dass der Kreis dieses Projekt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern angeht, ist der richtige Weg. In den Veranstaltungen vor Ort kann jeder seine Vorschläge und Ideen einbringen. Dank der Mittelzusage aus Berlin kann der Kreis nun in die nächste Projektphase starten und mit der Planung der Veranstaltungen beginnen.

Das ist binnen kurzer Zeit der zweite Förderbescheid für den Eifelkreis aus Berlin. Zuvor hatte Patrick Schnieder bereits darüber informiert, dass der Bund auch den Breitbandausbau im Eifelkreis erneut mit 13,2 Mio. Euro fördern wird. Beide Mitteilungen sind sehr erfreulich! Das Ziel von Bundestag und Bundesregierung, den ländlichen Raum bedarfsorientiert zu fördern, wird von den Kreis- und Verbandsgemeindeverwaltungen der Region gut angenommen. Für die Bürger in der Eifel bedeutet das Schritt für Schritt spürbare Verbesserungen.

Sichere Grenzen und humanitäre Verantwortung gehören zusammen

Deutschland hat in den vergangenen Jahren so vielen Menschen in Not geholfen und sie aufgenommen wie kein anderes Land in Europa. Das war nur möglich mit dem großartigen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Das ist unser aller Selbstverständnis. Spätestens seit 2015 wissen wir aber auch, dass wir reguläre Zuwanderung aussteuern und begrenzen müssen, um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren.

Diese Balance zu finden, zwischen sicheren Grenzen und unserer humanitären Verantwortung, bleibt eine Daueraufgabe. Der Koalitionsausschuss hat deshalb beschlossen, Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage der Flüchtlingskinder auf den griechischen Inseln zu unterstützen. Deutschland wird auf europäischer Ebene über die Aufnahme unbegleiteter oder erkrankter Kinder verhandeln, bei denen es sich überwiegend um Mädchen handelt. Wir stehen bereit, einen angemessenen humanitären Beitrag in dieser Krisensituation zu leisten.

Klar ist auch, dass sich Europa und Deutschland nicht vom türkischen Präsidenten erpressen lassen. Die Situation an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei muss entschärft werden. Wir lösen die Probleme aber nicht, indem wir Menschenleben zu Druckmittel machen. Unsere Prioritäten sind klar: 1. Fluchtursachen dort bekämpfen, wo sie entstehen. 2. Flüchtlinge regional versorgen. 3. Recht und Ordnung bei der Einreise von Flüchtlingen nach Europa.



PATRICK SCHNIEDER

- Gesetz verbessert

Starkes Signal für das Technische Hilfswerk

Heute ist ein guter Tag für das THW und seine 80 000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer: Mit der Überarbeitung des THW-Gesetzes stärken wir das Technische Hilfswerk. Das ehrenamtliche Engagement im THW wird künftig noch attraktiver. Dafür sorgen vor allem zwei Maßnahmen, für die sich die CDU/CSU-Fraktion erfolgreich eingesetzt hat:

Mit einer erweiterten Kostenverzugsregelung sorgen wir dafür, dass das THW künftig häufiger zu Hilfe gerufen wird und dadurch seine hervorragenden Fähigkeiten z.B. bei Waldbränden oder Schneekatastrophen einsetzen kann. Auch neue Technik kann so besser erprobt oder verstärkt zum Einsatz gebracht werden. Bislang verzichteten Kommunen mitunter angesichts möglicher Kostenforderungen auf die Hilfe durch das THW. Wir nehmen den Kommunen nun diese Sorge, indem das THW regelmäßig auf die Kostenerstattung durch die ersuchende Stelle verzichten soll, wenn dies im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt und die Kosten nicht anderweitig geltend gemacht werden können.

Wir erweitern zudem die Pflicht zur Freistellung von ehrenamtlichen THW-Helferinnen und THW-Helfern unter Weitergewährung des Arbeitsentgelts in moderater Weise. Künftig müssen Arbeitgeber die ehrenamtlich im THW Engagierten auch für Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft unmittelbar nach THW-Einsätzen freistellen. Dadurch gewährleisten wir eine gute Vor- und Nachbereitung von Einsätzen.

Mit diesen Änderungen des THW-Gesetzes und der soliden Finanzierung des THW im Haushalt 2020 schaffen wir die Grundlage dafür, dass das THW auch in Zukunft modern und attraktiv bleibt. Wir wollen den vielen Freiwilligen, die großartige Arbeit im THW leisten, optimale Bedingungen bieten.

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

[Kontakt](#)